

Politische Repräsentation von Frauen in Costa Rica – eine Chance für die Geschlechterdemokratie?

PATRICIA GRAF, ANTJE DANIEL

„Mit viel Respekt erkennen wir die Realitäten an“ – mit diesen Worten gratulierte der sozialistische Präsidentschaftskandidat Ottón Solís im Mai dieses Jahres der frischgebackenen Präsidentin Costa Ricas, Laura Chinchilla. Chinchilla war für die sozialdemokratisch-liberale Regierungspartei Partido Liberación Nacional (PLN) angetreten und hatte die Wahl mit 47% der Stimmen gewonnen. Realität ist dabei nicht nur die Niederlage von Solís Partei, der Mitte-Links-Partei der Bürgeraktion (PAC), sondern auch der Erfolg von Politikerinnen in Costa Rica. Seit der Jahrtausendwende wächst deren Zahl kontinuierlich. Nach einer langen Periode, in der Costa Ricas politisches Geschehen vornehmlich von Männern gelenkt wurde, sind inzwischen 47% der politischen Ämter auf Gemeindeebene und 37% der Parlamentssitze mit Frauen besetzt. Nur in Argentinien (40% Parlamentarierinnen) und Cuba (43% Parlamentarierinnen) ist die Repräsentation von Frauen im Parlament höher (Cepal 2009, 73). Chinchilla ist übrigens gerade noch rechtzeitig ins PräsidentInnenamt gewählt worden: 1992 trat in Costa Rica das erste Mal eine Kandidatin für dieses Amt an, Margarita Penon. Sie erhielt von sechs BewerberInnen die drittmeisten Stimmen. Penon sah vor allem in dem anhaltenden „Machismo“ den Grund für ihre Niederlage, sagte aber voraus, dass innerhalb der nächsten 20 Jahre eine Frau das PräsidentInnenamt erringen werde. „Just in time“ also für Laura Chinchilla!

Die Wahl von Chinchilla ist nicht nur ein wichtiger Sieg für Politikerinnen und Aktivistinnen in Costa Rica, sondern setzt auch den lateinamerikanischen Trend fort: Mit Michelle Bachelet (2006-2010) trat erstmals eine Präsidentin das höchste Staatsamt Chiles an. Kurz darauf, im Jahr 2007, wurde in Argentinien Cristina Fernández de Kirchner (als zweite Frau nach Eva Perón) ins PräsidentInnenamt gewählt. In Brasilien gilt die derzeitige Innenministerin Dilma Rousseff als aussichtsreiche Präsidentschaftskandidatin für die Wahlen 2010. Auch in Lateinamerikas Kabinetten besetzen Politikerinnen zunehmend traditionelle Männerdomänen: In Mexiko z.B. nimmt seit 2006 Georgina Yamilet Kessel Martinez das Amt der Energieministerin wahr; Patricia Flores Elizondo ist Chefin des Präsidentschaftsbüros; Mercedes Aráoz Fernández versieht in Peru seit 2009 das Amt der Wirtschafts- und Finanzministerin und in Ecuador lösten sich im Jahr 2007 gleich zwei Frauen, María Isabel Salvador und María Fernanda Espinosa, als Außenministerinnen ab.

Verschiedene Faktoren bereiteten den Weg für diesen Vormarsch der Spitzenpolitikerinnen. Frauenbewegungen spielten schon früh eine wichtige Rolle in der lateinamerikanischen Politik. Beispielsweise waren während der Militärdiktaturen im Cono Sur Frauenbewegungen wichtige Akteurinnen des Protestes gegen die autori-

tären Regime und für Geschlechtergerechtigkeit im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich. Während in der Regel Frauenbewegungen den Demokratisierungsprozess mitgestalteten, brachen erste Konflikte zwischen den Akteurinnen der Frauenbewegungen im Vorfeld der Wahlen auf. Viele Parteien mobilisierten Frauen für ihre Anliegen und verstärkten damit Spaltungen innerhalb der Frauenbewegungen entlang ideologischer und parteipolitischer Programme (Alvarez 1994, 34). Während einige Akteurinnen der Frauenbewegungen in Regierungsinstitutionen wechselten oder staatlich kooptiert wurden, blieben andere in Opposition zur Regierung. Aufgrund dieser Prozesse verloren die Frauenbewegungen an Mitgliedern, Glaubwürdigkeit und Mobilisierungskraft und zersplitterten (Alvarez 1994, 33-44; Caldeira 1998, 79; Fontoura/Hofmeister 2008, 239). Nichtsdestotrotz haben Aktivistinnen seit den Demokratisierungsprozessen der 1970/80er Jahre dazu beigetragen, für Geschlechterdisparitäten zu sensibilisieren und die politische Repräsentation von Frauen zu stärken. Heute gibt es in vielen lateinamerikanischen Staaten politische Aktivistinnen, die auch international gut vernetzt sind. Nicht in allen Ländern Lateinamerikas spiegelt sich dies im Parteiensystem und in den politischen Institutionen wieder. So weisen gerade die Vorzeigedemokratien des Cono Sur, Chile (15% Parlamentarierinnen) und Brasilien (9% Parlamentarierinnen) nur eine schwache politische Repräsentation von Frauen auf (Cepal 2009, 73).

Wie lässt sich also der Erfolg von Politikerinnen in Costa Rica erklären? Ein rigides Quotensystem und die frühe Integration von Frauen ins Bildungssystem, die bereits im 19. Jahrhundert begann, sehen einige WissenschaftlerInnen als Erfolgsrezept Costa Ricas. 1949 wurde das Frauenwahlrecht eingeführt und Costa Rica garantierte bald schon als erster zentralamerikanischer Staat Frauen die volle BürgerInnenschaft (Saint-Germain 1993, 121). Internationaler Druck war ebenfalls wichtig für die Erweiterung der politischen Räume von Frauen: So war die „Inter-American Commission of Women“ mit dafür verantwortlich, dass 1975 die erste staatliche Institution für Frauenangelegenheiten, das Centro Nacional para el Desarrollo de la Mujer y la Familia, gegründet wurde (ebd., 121). Eine wichtige Rolle spielten zudem die im Ausland ausgebildeten Costa Ricanerinnen, die internationale Ideen der Frauenpartizipation mitbrachten und die Idee der politischen Repräsentation von Frauen gesellschaftlich und politisch vertraten. Auch die sozialdemokratisch-liberale Regierungspartei PLN beeinflusste den Weg der Frauen nachhaltig, indem sie Gender-Themen in die Parteiagenda inkorporierte. Jedoch erreichten nur wenige Frauen Spitzenpositionen in der Partei. 1978 gründete sich deshalb die erste Frauenuntergruppe der PLN, Movimiento Feminino (ebd., 122). Erst Präsident Arias jedoch sprach der Repräsentation von Frauen eine politische Priorität zu. Dieser Prozess kulminierte 1990 im Gesetz „Gesetz für wirkliche Gleichberechtigung“, das 1996 noch durch ein weiteres Gesetz verstärkt wurde, welches eine Frauenquote von mindestens 40% für die (geschlossenen) Wahllisten vorsah und den Parteien auferlegte, ihre internen Strukturen zu reformieren (Jones 2004, 1208). Allerdings wurden in diesem Gesetz keine Angaben über die Platzierung der Kandidatinnen

gemacht, sodass viele Politikerinnen hintere Plätze erhielten und damit ihre Chance auf eine erfolgreiche Wahl minimiert wurde.

Damit reihte sich Costa Rica zunächst in die Quotengesetzgebung vieler lateinamerikanischer Länder ein: Da die meisten Gesetzgebungen keine Angaben zur Listenplatzierung beinhalten oder keine Maßnahmen bei Missachtung vorsehen, handelt es sich zum großen Teil um „zahnlose Tiger“ (vgl. Araújo/Garcia 2006). In Brasilien wurde 1996 die erste Quotenregelung eingeführt, 30% der KandidatInnen für die Abgeordnetenversammlung sollten weiblich sein. Gleichzeitig wurde die Gesamtzahl der Kandidaturen, die jede Partei aufstellen kann, erhöht. Da die Parteien nicht gezwungen sind, die für Frauen reservierten Listenplätze zu füllen und die Gesamtzahl der aufzustellenden KandidatInnen stieg, war es leicht die Quotenregelung auszuhebeln (Miguel 2008, 199).

Costa Rica ist mit einer neuen Wahlgesetzgebung 2002 über diese Praxis der „Pseudo-Quoten“ hinausgegangen. Seitdem sieht das Gesetz vor, dass 40% der Frauen auf wählbaren Positionen der Liste sein müssen, so dass Frauen nicht nur auf die „Schmuckpositionen“ der hinteren Ränge verbannt werden (Jones 2004, 1208). Ist Costa Rica damit ein Beispiel für eine Geschlechterdemokratie? Wirft frau einen intersektionalen Blick auf die Zahlen, relativiert sich dieses Bild rasch. So zeigt sich auch in Costa Rica der lateinamerikanische Trend, dass die Chancen nicht für alle Frauen gleich sind. Frauen afrikanischer Herkunft haben nur eine geringe Chance auf einen Sitz im Parlament. So war im Jahr 2008 nur eine Afroamerikanerin im Parlament Costa Ricas vertreten. Auch in anderen lateinamerikanischen Ländern hätten afroamerikanische und indigene Frauen schlechtere Chancen auf ein politisches Amt, so die (afroamerikanische) Präsidentin der Costa Ricanischen Partei PAC, Epsy Campell (Inter-American Development Bank 2008, 14).

Die Bewertung Costa Ricas als Geschlechterdemokratie muss aus einem weiteren Grund in Frage gestellt werden: Die Repräsentation von Frauen bringt keine Garantie für Frauenrechte mit sich. So umschiffen in Brasilien derzeit die beiden Präsidentschaftskandidatinnen Dilma Rousseff (PT) und Marina Silva (Partido Verde) das politisch riskante Thema Abtreibung; Silva äußerte sich zum Teil sogar gegen die Erweiterung von Abtreibungsrechten. Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass sich Lateinamerikas Spitzenpolitikerinnen konservativen patriarchalen Strukturen oft nicht entziehen können (oder wollen). Auch in Costa Rica äußerten sich bereits im Vorfeld der Wahlen Aktivistinnen der Frauenbewegung skeptisch gegenüber Laura Chinchilla und befürchteten eher eine Fortsetzung bisheriger patriarchaler Politik denn eine aktive Frauenrechtspolitik. Chinchillas Wahlkampfaußagen werden als lavierend und zum Teil den Interessen von Feministinnen entgegenstehend empfunden. Die Frauenorganisationen scheinen sich von der Aussicht auf eine Verwirklichung einer geschlechtergerechten Gesellschaft durch die Repräsentation einer Präsidentin verabschiedet zu haben (de Cicco 2010).

Mit der Kandidatur Chinchillas war anfänglich die Hoffnung verbunden, Geschlechterdisparitäten zu begegnen und Geschlechtergerechtigkeit in Costa Rica zu fördern.

Dass dieses Ziel jedoch weit mehr als die Stärkung der Repräsentation von Frauen in der Politik oder fördernde politische Maßnahmen wie Quotenregelungen erfordert, zeigt der derzeitige Trend in Lateinamerika.

Literatur

Alvarez, Sonia E., 1994: "The (Trans)formation of Feminism(s) and Gender Politics in Democratizing Brazil". In: Jaquette, Jane (Hg.): *Women's Movement in Latin America. Participation and Democracy*. Boulder, 13-64.

Araújo, Clara/**García**, Ana Isabel, 2006: *Latin America: The experience and the impact of quotas in Latin America*. In: Dahlerup, Drude (Hg.): *Women, Quotas and Politics*. Abingdon, New York, 112-137.

Caldeira, Teresa P.R., 1998: "Justice and individual rights. Challenges for Women's Movements and Democratization in Brazil". In: Jaquette, Jane/Wolchik, Sharon (Hg.): *Women and Democracy. Latin American and Central and Eastern Europe*. London, 75-104.

Cepal, 2009: Anuario estadístico de América Latina y el Caribe. Santiago de Chile. Internet: <http://www.eclac.cl/cgi-bin/getProd.asp?xml=/publicaciones/xml/9/38409/P38409.xml&xsl=/deype/tpl-i/p9f.xsl&base=/deype/tpl-i/top-bottom.xslt> (27.07.2010).

Cicco, Gabriela de, 2010: *Costa Rica: A New President for Latin America*. Association for Women's Rights in Development. Internet: <http://www.awid.org/eng/Issues-and-Analysis/Issues-and-Analysis/Costa-Rica-A-New-President-for-Latin-America> (16.07.2010).

Fontoura, Joana/**Hofmeister**, Wilhelm, 2008: „Zwischen Konflikten und Reformen: Soziale Bewegungen in Brasilien“. In: Mittag, Jürgen/Ismar, Georg (Hg.): „El pueblo unido?“ Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas. Münster, 229-255.

Inter-American Development Bank (Hg.), 2008: *Women in the Americas. Paths to Political Power*. Internet: <http://www.thedialogue.org/PublicationFiles/Women%20in%20the%20Americas%20Paths%20to%20Political%20Power.pdf> (24.7.2010).

Jones, Mark, 2004: "Quota Legislation and the Election of Women: Learning from the Costa Rican Experience". *Journal of Politics*. 66. Jg. H. 4, 1203-1223.

Miguel, Luis, 2008: "Political Representation and Gender in Brazil: Quotas for Women and their Impact". *Bulletin of Latin American Research*. 27. Jg. H. 2, 197-214.

Saint-Germain, Michele, 1993: "Paths to Power of Women Legislators in Costa Rica and Nicaragua". *Women's Studies International Forum*. 16. Jg. H. 2, 119-138.